

WEBBASIERTES BETEILIGUNGSVERFAHREN ZUM „STRATEGISCHEN GESAMTRAHMEN HAUPTSTADTREGION BERLIN-BRANDEN- BURG“



Auswertung der Online-Beteiligung Abschlussbericht

nexus

**Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH**

Willdenowstraße 38
12203 Berlin

Sabine Schröder, Fabian Dantscher, Christian Kusch, Vanessa Kügler

Auftraggeberin:

Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Referat 41
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Berlin, 11. Februar 2021

Inhalt

| | | |
|--------|--|----|
| 1 | Hintergrund | 1 |
| 2 | Ziele und Inhalte der Online-Beteiligung | 2 |
| 2.1 | Ziele der Beteiligung | 2 |
| 2.2 | Einbettung der Online-Beteiligung im breiteren Beteiligungsprozess | 3 |
| 2.3 | Verwendung der Ergebnisse | 3 |
| 2.4 | Aufbau und Inhalte der Online-Beteiligung | 3 |
| 3 | Ablauf der Online-Beteiligung | 5 |
| 3.1 | Fachdialog | 5 |
| 3.2 | Öffentlicher Dialog | 5 |
| 4 | Methodik der Auswertung | 6 |
| 5 | Ergebnisse | 7 |
| 5.1 | Fachdialog | 7 |
| 5.1.1 | Allgemeine Anmerkungen | 8 |
| 5.1.2 | Handlungsfeld 1 | 8 |
| 5.1.3 | Handlungsfeld 2 | 9 |
| 5.1.4 | Handlungsfeld 3 | 10 |
| 5.1.5 | Handlungsfeld 4 | 11 |
| 5.1.6 | Handlungsfeld 5 | 11 |
| 5.1.7 | Handlungsfeld 6 | 12 |
| 5.1.8 | Handlungsfeld 7 | 13 |
| 5.1.9 | Handlungsfeld 8 | 13 |
| 5.1.10 | Weitere Ideen außerhalb der Handlungsfelder | 14 |
| 5.2 | Öffentlicher Dialog | 15 |
| 5.2.1 | Handlungsfeld 1 | 16 |
| 5.2.2 | Handlungsfeld 2 | 16 |
| 5.2.3 | Handlungsfeld 3 | 18 |
| 5.2.4 | Handlungsfeld 4 | 18 |
| 5.2.5 | Handlungsfeld 5 | 19 |
| 5.2.6 | Handlungsfeld 6 | 19 |
| 5.2.7 | Handlungsfeld 7 | 20 |
| 5.2.8 | Handlungsfeld 8 | 20 |
| 5.2.9 | Weitere Ideen außerhalb der Handlungsfelder | 20 |
| 6 | Anhang | 22 |
| 6.1 | Akteure aus dem Fachdialog (nicht vollständig) | 22 |

1 Hintergrund

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist mit ihren rund 6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eine der dynamischsten Regionen in Deutschland und Europa. Die engen Verflechtungen der Länder Berlin und Brandenburg in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Wissenschaft, Wohnen, Energie, Gesundheit und Umwelt sowie die vielfältige Zusammenarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen von Politik und Verwaltung sind in dieser Form bundesweit einmalig.¹

Mit der pulsierenden Metropole Berlin und dem naturreichen Flächenland Brandenburg vereint die Hauptstadtregion darüber hinaus eine große kulturräumliche Vielfalt. Dabei bringen die unterschiedlichen räumlichen Kontexte – urban, suburban, ländlich – unterschiedliche Stärken und Potenziale mit sich, die es durch Bündelung und überregionale Strategien zu nutzen und zu gestalten gilt.

Megatrends wie die Globalisierung, die Urbanisierung, der demografische Wandel, die Digitalisierung oder der Klimawandel stellen die beiden Länder vor große Herausforderungen, die nicht an kommunalen Grenzen enden, sondern gemeinsame Maßnahmen erfordern. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, soll die bestehende Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg weiter gestärkt werden.

Im Juni 2020 haben sich die beiden Landesregierungen vor diesem Hintergrund darauf verständigt, ihre Zusammenarbeit in einem „Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ zu verankern. Ziel ist es, Leitideen mit einem Zeithorizont bis 2030 für die Entwicklung der Hauptstadtregion zu formulieren. Auf diese Weise soll ein einheitlicher Rahmen für die zukünftige Zusammenarbeit geschaffen, neue gemeinsame Vorhaben angestoßen und die ressortübergreifenden Bezüge zwischen diesen Vorhaben gestärkt werden.² Der Strategische Gesamtrahmen knüpft dabei an das im Jahr 2006 verabschiedete Leitbild „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ an und baut auf den bestehenden gemeinsamen Aktivitäten (u.a. Verkehrsinfrastruktur-Ausbauvorhaben i2030, Innovationsstrategie, Krankenhausplanung, Polizei-Zusammenarbeit, Landesplanung, Ehrenamtskarte) auf.

Die beiden Regierungen haben acht Handlungsfelder abgesteckt, die Gegenstand des Strategischen Gesamtrahmens sind. Jedes Handlungsfeld ist wiederum mit konkreten Einzelvorhaben untersetzt. Die acht Handlungsfelder sind:

- Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt
- Mobilität
- Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz
- Ehrenamtliches Engagement, Medien und Demokratieförderung
- Natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität (insbesondere Gesundheit, soziale und grüne Infrastruktur, Wasserver- und -entsorgung sowie Kriminalitätsbekämpfung)
- Digitale Transformation
- Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung
- Weltoffenheit, internationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Polen

¹ Überlegungen zu einem Strategischen Gesamtrahmen, <https://www.berlin-brandenburg.de/zusammenarbeit/strategischer-gesamtrahmen/>, Zugriff: 10.02.2021

² Pressemitteilung vom 23.06.2020, <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.949680.php>, Zugriff: 10.02.2021

Bei der Erarbeitung des Strategischen Gesamtrahmens legen die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg besonderen Wert auf die Einbindung der allgemeinen Öffentlichkeit sowie der Fachöffentlichkeit. Der Gesamtrahmen soll Ergebnis eines breiten gesellschaftlichen Dialogs sein und die Anregungen und Expertise der Bürgerinnen und Bürger der Hauptstadtregion sowie von Verbänden, Kommunen, Wirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund wurde das nexus Institut von der Staatskanzlei Brandenburg und der Senatskanzlei Berlin beauftragt, ein webbasiertes Beteiligungsverfahren zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion mittels der Beteiligungsplattform meinBerlin zu konzipieren, einzurichten, durchzuführen, zu moderieren und auszuwerten. Zusätzlich zur Online-Beteiligung haben die Staatskanzlei Brandenburg und die Senatskanzlei Berlin im November und Dezember 2020 acht Fachgespräche im Videokonferenzformat zu den acht Handlungsfeldern mit über 240 Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, organisierter Zivilgesellschaft und weiteren Institutionen durchgeführt, um Impulse zur weiteren Ausgestaltung der Handlungsfelder zu gewinnen.

Eine auf Basis erster Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens weiterentwickelte Fassung des Strategischen Gesamtrahmens soll auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Berlin und Brandenburg im Frühjahr 2021 verabschiedet werden. Ideen und Anregungen, die einer ausführlicheren Betrachtung bedürfen, finden Eingang in den sogenannten Ideenspeicher, der im Laufe des Jahres eingängig von den Fachressorts geprüft wird.

2 Ziele und Inhalte der Online-Beteiligung

2.1 Ziele der Beteiligung

Mithilfe der Online-Beteiligung auf meinBerlin streben die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg an, ein Meinungsbild sowohl von der Fachöffentlichkeit und Verbänden als auch von der breiten Öffentlichkeit zum Strategischen Gesamtrahmen im Allgemeinen sowie zu den konkreten Vorhaben im Einzelnen zu erlangen. Ziel ist es, die Ideen, Hinweise und Erwartungen insbesondere der konkret betroffenen Personenkreise in die Weiterentwicklung des Gesamtrahmens einfließen zu lassen.

Im Fokus der Online-Beteiligung standen dabei zwei Zielgruppen, deren unterschiedliche Perspektiven spezifisch in den Prozess einfließen sollen:

Zielgruppe I: Ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der organisierten Fachöffentlichkeit

Die Online-Beteiligung richtete sich zum einen an Vertreterinnen und Vertreter ausgewählter Institutionen der Fachöffentlichkeit. Diese wurden im Rahmen einer nicht-öffentlichen Online-Beteiligung über eine persönliche Einladung dazu aufgerufen, Anregungen zu den jeweiligen Handlungsfeldern des Strategischen Gesamtrahmes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und zu den darauf bezogenen Vorhaben zu äußern sowie gegebenenfalls weitere, aus ihrer Sicht noch fehlende Vorhaben innerhalb der Handlungsfelder sowie außerhalb der bestehenden Handlungsfelder vorzuschlagen.

Zielgruppe II: Allgemeine Öffentlichkeit

Zum anderen richtete sich die Online-Beteiligung an alle Bürgerinnen und Bürger Berlins und Brandenburgs. Diese wurden aufgerufen, allgemeine Anregungen und Hinweise zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg abzugeben sowie Themen und Projekte für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg vorzuschlagen.

Leitfragen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens waren:

- In welchen Bereichen soll die schon bestehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern intensiviert werden?
- Welche Themen sind besonders wichtig?
- Welche Projekte sollten umgesetzt werden?
- Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

2.2 Einbettung der Online-Beteiligung im breiteren Beteiligungsprozess

Zusätzlich zur Online-Beteiligung auf meinBerlin mit den zwei beschriebenen Zielgruppen führten die Senatskanzlei Berlin und die Staatskanzlei Brandenburg zwischen dem 25. November und dem 14. Dezember 2020 eine digitale Veranstaltungsreihe mit Akteuren der Fachöffentlichkeit zur Ausgestaltung der acht Handlungsfelder durch. Dabei tauschten sich die Landesregierungen mit den jeweiligen Fachverbänden zu den Eckpunkten und Vorhaben der Handlungsfelder aus. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind nicht Teil dieses Abschlussberichts.

2.3 Verwendung der Ergebnisse

Erste Ergebnisse der Online-Beteiligung werden im 1. Quartal 2021 gemeinsam mit den für die jeweiligen Politikbereiche federführenden Fachressorts beider Länder ausgewertet. Sie fließen so in eine überarbeitete Fassung des Strategischen Gesamtrahmens und seiner Vorhaben ein, welche auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung beider Länder im Frühjahr 2021 verabschiedet wird. Im Laufe des Jahres sollen zudem weitere ausgewählte Ideen und Anregungen aus dem Beteiligungsverfahren vertieft geprüft werden, so dass ggf. noch weitere Anpassungen und Ergänzungen am Strategischen Gesamtrahmen vorgenommen werden können.

2.4 Aufbau und Inhalte der Online-Beteiligung

Die Online-Beteiligung zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion wurde auf der Plattform meinBerlin³ als erstes länderübergreifendes Kooperationsprojekt durchgeführt. MeinBerlin ist die Beteiligungsplattform des Landes Berlin, über die Projekte im Auftrag der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung, der Bezirksämter oder der Quartiermanagements angelegt und durchgeführt werden. Die Website ermöglicht eine Beteiligung durch unterschiedliche Formate: von klassischen Online-Umfragen, über Themenpriorisierungen und Ideensammlungen mit Kartenverortung bis zum Bürgerhaushalt und interaktiven Live-Veranstaltungen. Das Beteiligungsprojekt wurde auf der gemeinsamen Website der Länder Berlin und Brandenburg⁴ beworben und verlinkt.

³ <https://mein.berlin.de/>

⁴ <https://www.berlin-brandenburg.de/zusammenarbeit/prozess-und-beteiligung/>

Für die zwei in 2.1. beschriebenen Zielgruppen wurden auf meinBerlin zwei Beteiligungsprojekte erstellt. Für Zielgruppe I (ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der Fachöffentlichkeit) wurde ein nicht-öffentlicher Beteiligungsprozess⁵ angelegt, der nur mit einem per E-Mail zugesendeten Einladungslink zugänglich war. Für Zielgruppe II (allgemeine Öffentlichkeit) wurde ein für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger frei zugängliches Beteiligungsprojekt⁶ eingerichtet. Alle Ideen und Kommentare in diesem Projekt konnten ohne Registrierung eingesehen werden. Um Missbrauch vorzubeugen, war für eine aktive Beteiligung und Kommentierung jedoch eine Registrierung der Nutzerinnen und Nutzer notwendig.

Die Beteiligungsprojekte waren in drei Bereiche unterteilt. Unter dem Reiter „über das Projekt“ befanden sich Hintergrundinformationen zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion und dem Beteiligungsprozess sowie Hinweise auf die für das Projekt verantwortlichen Stellen. Im Bereich „Beteiligung“ bestand die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme in einem oder mehreren Beteiligungsmodulen. Unter dem Reiter „Ergebnis“ wurden die Ziele der Beteiligung beschrieben und darauf eingegangen, wie die Ergebnisse weiterverarbeitet werden sollen. Um einen möglichst niedrighwelligen Einstieg in die Beteiligung zu gewährleisten, wurde Nutzerinnen und Nutzern beim Aufrufen des Beteiligungsprojekts standardmäßig der Beteiligungsreiter angezeigt.

Beteiligungsmodule im Fachdialog

Der nicht-öffentliche Fachdialog beinhaltete insgesamt neun Beteiligungsmodule. Acht Beteiligungsmodule bezogen sich jeweils auf die acht Handlungsfelder des Strategischen Gesamtrahmens. Hier hatten die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter der Fachöffentlichkeit die Möglichkeit, die Beschreibungen des Strategischen Gesamtrahmens zu den Handlungsfeldern im Allgemeinen und zu den Einzelvorhaben im Konkreten einzusehen und direkt zu kommentieren. Darüber hinaus konnten auch weitere Ideen und Projekte zum Handlungsfeld vorgeschlagen werden, die bisher nicht im Strategischen Gesamtrahmen enthalten waren. Zu diesem Zweck waren die Beteiligungsmodule in drei Abschnitte unterteilt, die jeweils separat kommentiert werden konnten: „1. Allgemein zum Handlungsfeld“, „2. Konkrete Einzelvorhaben“ und „3. Ihre weiteren Ideen und Projekte zum Handlungsfeld“.

Zusätzlich zu den acht sich auf die Handlungsfelder beziehenden Beteiligungsmodulen existiert ein neuntes Modul, welches es Nutzerinnen und Nutzer erlaubte, Ideen und Projekte für eine vertiefte Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburgs vorzuschlagen, die keinem der acht Handlungsfelder zugeordnet werden konnten. In diesem Modul konnten eigene Ideen angelegt sowie die Ideen anderer kommentiert und diskutiert werden.

Beteiligungsmodul im öffentlichen Dialog

Das Beteiligungsprojekt für die allgemeine Öffentlichkeit bestand aus einem Beteiligungsmodul, welches es Nutzerinnen und Nutzern erlaubte, Ideen und Anregungen für eine vertiefte Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburgs mitzuteilen. In gleicher Weise wie im neunten Beteiligungsmodul des Fachdialogs konnten Teilnehmende hier eigene Ideen anlegen und die Beiträge anderer kommentieren. Beim Anlegen einer neuen Idee wurden die Nutzerinnen und Nutzer aufgefordert, den Beitrag einem der Handlungsfelder bzw. der Kategorie „Sonstiges“ zuzuordnen.

⁵ <https://mein.berlin.de/projekte/fachdialog-hauptstadtregion/>

⁶ <https://mein.berlin.de/projekte/oeffentlicher-dialog-hauptstadtregion/>

3 Ablauf der Online-Beteiligung

3.1 Fachdialog

Der Fachdialog zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion auf der Plattform meinBerlin startete am 14. Dezember 2020 um 0 Uhr und endete am 24. Januar 2021 um 23.59 Uhr. Am 14. Dezember wurden zur Online-Beteiligung 466 von der Staatskanzlei Brandenburg und der Senatskanzlei Berlin ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der organisierten Fachöffentlichkeit per E-Mail zur Teilnahme eingeladen. In diesem Zusammenhang erhielten die angeschriebenen Akteure eine personalisierte Einladungsmail von einer für das Projekt eingerichteten E-Mail-Adresse sowie darauffolgend eine Systemmail von meinBerlin mit einem entsprechenden Einladungslink. Im Laufe des Dezembers und Januars wurden weitere 65 Personen eingeladen.

Aufgrund der großen Nachfrage zahlreicher Verbände wurde die ursprünglich bis zum 17. Januar 2021 geplante Online-Beteiligung nach Absprache zwischen den Kanzleien Berlin und Brandenburg und nexus kurzfristig um eine Woche verlängert. Über die Verlängerung wurden alle Teilnehmenden am 15. Januar 2021 per E-Mail informiert.

Bis zum Abschluss der Online-Beteiligung am 24. Januar hatten sich insgesamt 143 Vertreterinnen und Vertreter der Fachöffentlichkeit für den Fachdialog registriert.

3.2 Öffentlicher Dialog

Der öffentliche Dialog zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion auf der Plattform meinBerlin startete am 11. Dezember 2020 um 0 Uhr und endet am 17. Januar 2021 um 23.59 Uhr. Die allgemeine Öffentlichkeit wurde über zwei Pressemeldungen und umfangreiche Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen, bspw. auf rbb24, bei RadioEins und Deutschlandfunk, im Tagesspiegel und den Potsdamer Neuesten Nachrichten sowie auf ZEIT Online, informiert. Größere mediale Aufmerksamkeit zog die Online-Beteiligung in der zweiten Januarwoche auf sich, als mehrere Medien über den Zwischenstand der Beteiligung berichteten.⁷ Überdies wurde die Möglichkeit der Beteiligung zum Strategischen Gesamtrahmen über Veröffentlichungen auf der Webseite berlin-brandenburg.de sowie über Social Media beworben.

⁷ Siehe unter anderem: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/01/berlin-brandenburg-buergerbeteiligung-gesamtrahmen-hauptstadtregion.html>; <https://www.morgenpost.de/berlin/article231305592/Buerger-haben-kein-Interesse-an-Planung-fuer-Hauptstadtregion.html>

4 Methodik der Auswertung

Für die qualitative Auswertung des Datenmaterials der Online-Beteiligung wurden der Fachdialog und der öffentliche Dialog inhaltlich getrennt ausgewertet und die Ergebnisse im vorliegenden Bericht zusammengefasst.

Die Auswertung erfolgte in vier Schritten. Nach Abschluss der beiden Beteiligungsprojekte erfolgte im ersten Schritt **ein Export der Beiträge** der beiden Dialoge in Excel. Die Ergebnisse des Fachdialogs wurden mit Beiträgen ergänzt, die zwar auf meinBerlin im öffentlichen Dialog veröffentlicht wurden, jedoch Vertreterinnen und Vertretern der Fachöffentlichkeit und damit dem Fachdialog zugeordnet werden konnten. Darüber hinaus wurden Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit, die per E-Mail bei der Senatskanzlei Berlin, der Staatskanzlei Brandenburg oder dem nexus Institut eingingen, mit den auf meinBerlin abgegebenen Beiträgen zusammengeführt (siehe auch 5.1).

Im zweiten Schritt wurden die Beiträge aus den beiden Beteiligungsprojekten **inhaltlich analysiert und strukturiert**. Dabei wurden sowohl für den Fachdialog als auch den öffentlichen Dialog die acht Handlungsfelder sowie eine neunte Kategorie für Ideen und Themen außerhalb der Handlungsfelder als **Basiskategorien** für die Strukturierung herangezogen. In beiden Dialogprozessen wurde die Einordnung der Beiträge zu den jeweiligen Handlungsfeldern von dem Verfasser oder der Verfasserin bereits auf der Beteiligungsplattform selbst vorgenommen. Im Auswertungsprozess wurde diese Zuordnung angepasst, falls sie nichtzutreffend war.

Darüber hinaus wurden die **Beiträge weiteren, induktiv aus den Kommentaren und Anregungen heraus entwickelten Subkategorien zugeordnet**. Beim Fachdialog wurden die Beiträge, sofern inhaltlich sinnvoll, zusätzlich den in der Vorhabenliste aufgeführten Einzelvorhaben zugeordnet. Die Subkategorien für die Ideen und Kommentare aus dem öffentlichen Dialog wurden aufgrund des geringeren Bezuges des Datenmaterials zum Grundlagentext und der Vorhabenliste des Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion im Wesentlichen induktiv entwickelt. Bei beiden Beteiligungsprozessen wurden Beiträge, die Punkte zu unterschiedlichen Teilthemen beinhalteten, auseinandergenommen und den jeweiligen Subkategorien zugeordnet.

Die beschriebene Strukturierung und Analyse der Beiträge aus dem Fachdialog und öffentlichen Dialog ermöglichte daraufhin im vierten Schritt die **strukturierte Beschreibung und Zusammenfassung der Ergebnisse** anhand der Handlungsfelder und Subkategorien sowie die Einschätzung von inhaltlichen Schwerpunkten (siehe Kapitel 5).

5 Ergebnisse

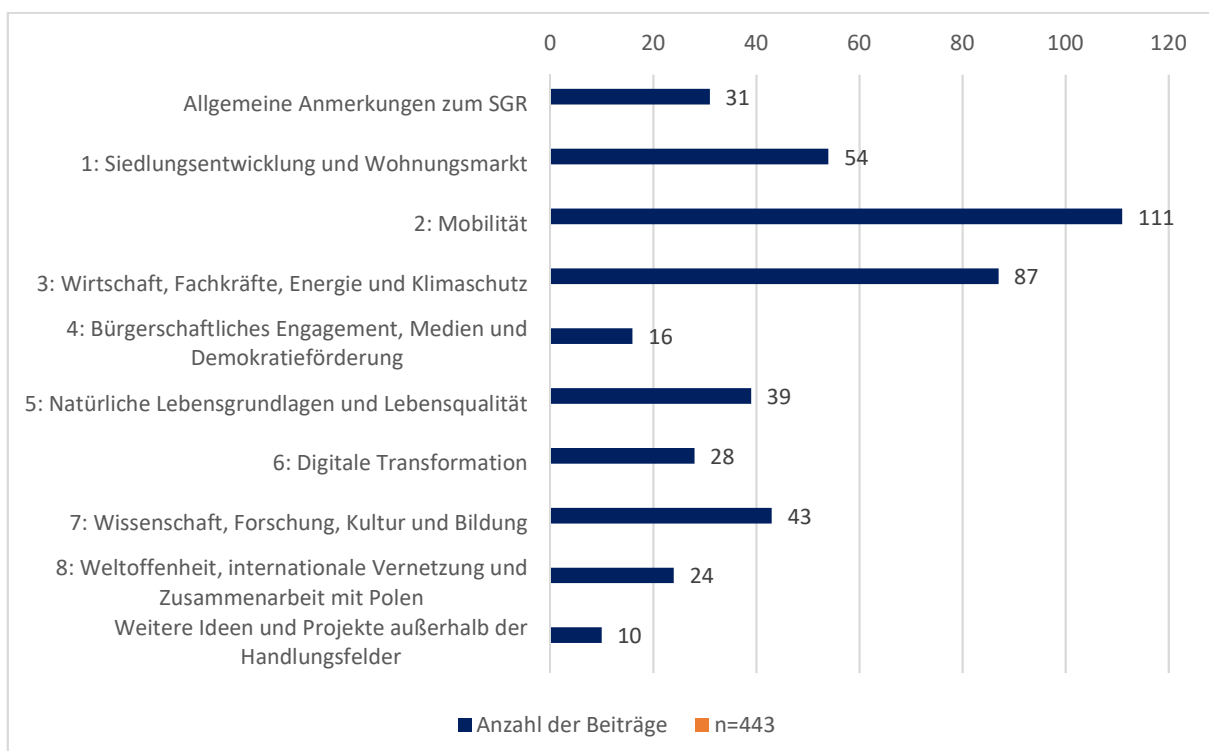
5.1 Fachdialog

Der Fachdialog zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion erzielte eine rege Beteiligung unter den eingeladenen Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Kommunen, Wirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft.

Bis zum 24. Januar wurden im Fachdialog über die Plattform meinBerlin **238 Beiträge abgegeben**. Hinzu kamen weitere 56 Beiträge, die im parallel laufenden öffentlichen Dialog erstellt wurden, die aber Akteuren aus der Fachöffentlichkeit und damit dem Fachdialog zugeordnet wurden. Darüber hinaus reichten einige Akteure ihre Stellungnahmen per E-Mail bei den Kanzleien Berlin und Brandenburg bzw. nexus ein. Diese wurden auf 149 inhaltliche Kommentare aufgeteilt. **Insgesamt wurden daher 443 Kommentare der Fachöffentlichkeit** zum Strategischen Gesamtrahmen ausgewertet, die **von 91 Akteuren erstellt** wurden. Die Beiträge umfassen kumuliert ca. 61.000 Wörter.

Das Handlungsfeld 2: Mobilität war dabei das am häufigsten kommentierte Themengebiet. Insgesamt wurden 111 Beiträge zu diesem Handlungsfeld verfasst. Handlungsfeld 3: Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz wurde 87 Mal und Handlungsfeld 1: Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt 54 Mal kommentiert. Zu den Handlungsfeldern 4 bis 8 wurden jeweils zwischen 16 und 43 Kommentare abgegeben. Darüber hinaus wurden 10 Ideen und Projekte für eine vertiefte Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburgs genannt, die keinem der 8 Handlungsfelder zugeordnet werden konnten. 31 Beiträge beinhalteten allgemeine Anmerkungen und Stellungnahmen zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion. Abbildung 1 gibt einen Gesamtüberblick über die Aufteilung der Kommentare nach Handlungsfeldern und den zwei weiteren genannten Kategorien.

Abbildung 1: Anzahl der Beiträge im Fachdialog nach Handlungsfeldern



5.1.1 Allgemeine Anmerkungen zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion

Im Rahmen der Kommentierung im Fachdialog wurden auch übergreifende allgemeine Anregungen zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion abgegeben. Diese betreffen vor allem drei Gesichtspunkte: Zum einen wird eine stärkere Einbeziehung der Kommunen und Landkreise sowie weiterer Akteure in die Gestaltung und Weiterentwicklung des Strategischen Gesamtrahmens gefordert. Die Rolle der Städte, Gemeinden und Landkreise würde bisher noch zu wenig gewürdigt und sollte verbindlich gestaltet werden. Insbesondere die Umsetzung der Vorhaben falle teilweise in die Zuständigkeit der Kommunen und Landkreise. Daher müssten diese aktiv in die Umsetzung einbezogen werden. Dafür wurde ein weiterer Beteiligungsprozess für Kommunen vorgeschlagen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Wunsch einer klärenden Einordnung der Beziehung des Strategischen Gesamtrahmens zu anderen bereits bestehenden Planwerken und Konzepten bzw. einer stärkeren Orientierung an diesen Planwerken, wie beispielsweise dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion sowie regionalen Entwicklungsstrategien und Konzepten wie Klimaschutz- und Nahverkehrskonzepten. In Zusammenhang damit wurde auch die Frage gestellt, welchen Verbindlichkeitsgrad der Strategische Gesamtrahmen Hauptstadtregion – insbesondere in Beziehung zu bestehenden Plänen – habe.

Neben diesen beiden Punkten wird weiterhin darauf hingewiesen, dass das Hauptaugenmerk im Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion vor allem auf Berlin und dem Berliner Umland läge, während metropolfernere, periphere und ländliche Regionen nicht genug Beachtung fänden. Eine stärkere Einbeziehung der Herausforderungen und Potenziale dieser Regionen und eine „Lenkung von Entwicklungsimpulsen in alle Landesteile“ wird daher gewünscht. Hierdurch könne auch Belastungen im Kernraum entgegengetreten werden.

Weitere Punkte im Bereich allgemeiner Anmerkungen sind die Forderung der Stärkung des Aspekts der Nachhaltigkeit im Strategischen Gesamtrahmen, die Herstellung von Zusammenhängen zwischen den Handlungsfeldern, die Fusion von Berlin und Brandenburg, der Einsatz eines Gremiums für die erweiterte Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Vermeidung von Doppelstrukturen, die zeitnahe Umsetzung von Vorhaben sowie eine Gliederung in kurz-, mittel- und langfristige Vorhaben.

5.1.2 Handlungsfeld 1: Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt

Zentrale Themen in den Kommentaren zum Handlungsfeld 1 sind die Konzepte für Siedlungsachsen im Berliner Umland und für Entwicklungsachsen in den weiteren Metropolenraum, der Wohnungsbau in den Städten der 2. Reihe und im Berliner Umland, der Austausch mit Umland und Außenbezirken sowie der Bereich Wohnungspolitik.

Die in Vorhaben 3 angedeutete Entwicklung von „Siedlungsachsen“ in Richtung „Entwicklungsachsen“ bis hin zu „Entwicklungskorridoren“, die das gesamte Land Brandenburg umfassen, wird von zahlreichen brandenburgischen Akteuren wie dem Städteforum Brandenburg, der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim oder der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree ausdrücklich begrüßt. Ebenso wird die in Vorhaben 2 angesprochene Konzentration von Siedlungsflächen entlang der Schienenachsen in den Städten der zweiten Reihe und im Berliner Umland befürwortet. In diesem Kontext wird auch darauf hingewiesen, dass die Fokussierung auf Siedlungs- und Entwicklungsachsen einen „wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion leisten“ könne (Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e.V.).

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Entwicklung und Einbindung der ländlich-peripheren Räume in diesem Zuge nicht vergessen werden dürfe. Der periphere Raum dürfe nicht nur „als ‚Durchfahrtsstrecke‘ zu weiteren Metropolen oder anderen Zielgebieten betrachtet“ werden (Landkreis Uckermark). Ebenso notwendig wie die Entwicklung der Entwicklungskorridore seien deshalb gezielte Förderkonzepte und Modellprojekte für metropolferne Räume. In diesem Kontext sei es auch erforderlich, die Querverbindungen zwischen diesen Räumen zu stärken und auch dort ein integriertes und nachhaltiges Verkehrssystem aufzubauen (z.B. Städte- und Gemeindebund).

Bezugnehmend auf Einzelvorhaben 4: Austausch mit Umland und Außenbezirken / Einbeziehung der Kommunen und Bezirke wird die Stärkung des Kommunalen Nachbarschaftsforums als Verein (KNF e.V.) von Akteuren wie der Landeshauptstadt Potsdam oder der IHK Berlin und Brandenburg begrüßt und die wichtige Rolle des Vereins in der Entwicklung der Region betont. Zugleich weist zum Beispiel die IHK darauf hin, dass es eine Weiterentwicklung des KNF e.V. geben müsse, durch die die „strategischen Ansätze der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus Politik und Verwaltung vertraglich verpflichtend geregelt werden“, um „mehr Verbindlichkeit in der strategischen und planerischen Zusammenarbeit zu erreichen“. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Polen wird darüber hinaus empfohlen, auch die Zusammenarbeit mit den Planungsabteilungen der Marschallämter der Wojewodschaften anzustreben (z.B. RPG Oderland-Spree).

Bezugnehmend auf das Thema Wohnungspolitik weißt die Landeshauptstadt Potsdam darauf hin, dass eine Entlastung für den Wohnungsmarkt im bisherigen Textentwurf des SGR ausschließlich im Neubau gesehen werde. Dies lasse jedoch die „große Bedeutung der Entwicklung im Bestand außer Acht“. Die IHK sowie die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. sprechen sich in diesem Kontext gegen eine Ausweitung des Berliner Mietendeckels auf Brandenburg bzw. für eine Abschaffung des Gesetzes aus.

Als weitere Ideen für Vorhaben innerhalb des Handlungsfeldes werden zum Beispiel die Aufnahme von Maßnahmen, die stärker auf qualitative Facetten der Stadtentwicklung eingehen, die Ansiedlung der TESLA-Gigafactory in Grünheide und deren Auswirkungen oder die Europäische Entwicklungsachse (TEN-V Korridor) Berlin – Frankfurt (Oder) – Poznań genannt.

5.1.3 Handlungsfeld 2: Mobilität

Im Hinblick auf die Einordnung des Strategischen Gesamtrahmens für die gemeinsame Entwicklung der beiden Länder im **Handlungsfeld 2** gibt es Stimmen, die eine explizitere Einordnung vermissen. Es werden konkrete Konzepte für die Verkehrsentwicklung und Verkehrswende gefordert, auch in Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern und Polen. Die weiteren eingegangenen Beiträge beschäftigen sich mit allen Verkehrsträgern und deren Bedeutung für die Region. Der Schwerpunkt liegt auf dem (schienegebundenen) öffentlichen Personenverkehr, dem Radverkehr und Aspekten der Intermodalität.

Viele Beiträge beschäftigen sich mit einer verbesserten Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger. Dazu gehört insbesondere die Forderung nach mehr Park-and-Ride- sowie Bike-and-Ride-Möglichkeiten für Pendlerinnen und Pendler. In Bezug auf den Fahrradverkehr sollten Radschnellverbindungen entlang der Siedlungsachsen, aber auch in Brandenburg zwischen den zentralen Orten geschaffen werden. Mehrmals wird gefordert, den Flughafen BER an das Radwegenetz anzuschließen. Um den Fahrradverkehr weiter zu fördern, solle aber nicht die Erhaltung des bestehenden Radwegenetzes vernachlässigt und die bestehenden

Radwege zu einem zusammenhängenden Netz ausgebaut werden. Dabei sind auch die kommunalen Radwege gemeint.

Die dargestellten Vorhaben zur Stärkung des Regionalverkehrs (Stammstrecke Heidekrautbahn, Verlängerung der S2, Vorhaben Nordwest und Ausbau der Ostbahn) werden grundsätzlich begrüßt. Teilweise wird jedoch eine schnellere Umsetzung oder die verbindliche Benennung der Zieltermine gefordert. Darüber hinaus werden weitere konkrete Vorhaben vorgeschlagen, etwa die Reaktivierung der Stammbahn bei Kleinmachnow und die Schaffung eines zweiten Bahnringes um Berlin. Weitere Forderungen zielen auf die Verdichtung des Taktes im regionalen Bahnverkehr und die Verbesserung der Infrastruktur (Zweigleisigkeit, Elektrifizierung).

Des Weiteren werden einige konkrete Vorschläge für den Ausbau weiterer Verkehrsverbindungen eingebracht. Neben weiteren Vorschlägen für den Bahnverkehr, etwa die Einbindung ländlicher Gebiete in den geplanten Deutschlandtakt, wird auch der Ausbau von Straßen und Autobahnen genannt, beispielsweise der dreispurige Ausbau der A 12 und A 13.

Die Planungen zur Bündelung von Güterverkehren zur Entlastung der Verkehrswege werden in den Beiträgen begrüßt. Dazu werden detaillierte Konzepte gefordert und einige weitere Aspekte genannt, etwa die Bündelung von Pakettiefierungen an Privathaushalte. Neben einer effizienteren Feinverteilung sollten die großen Güterströme verstärkt über die Schiene und Wasserwege bewältigt werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Senkung der Emissionen bzw. zur Klimaneutralität im Logistikbereich gefordert.

5.1.4 Handlungsfeld 3: Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz

Im Rahmen des Handlungsfeldes 3 wurden insbesondere die gemeinsame Entwicklung einer Fachkräftestrategie sowie der Themenbereich Energiewende und Klimaschutz kommentiert.

Die im Vorhaben 3 angeführte Abstimmung und Zusammenarbeit bei der Fachkräftestrategie wird allgemein begrüßt. In diesem Kontext wird zum Beispiel die Errichtung gemeinsamer länderübergreifender Beratungsstandorte für alle beteiligten Gruppen wie Jobsuchende, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Eltern, die Entwicklung gemeinsamer Bildungs- und Weiterbildungsangebote zur Qualifizierung bestehender Fachkräfte und von Langzeitarbeitslosen zur Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials der Gesamtregion sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen Landes-Zuwanderungsstrategie bzw. einer deutsch-polnischen Fachkräftestrategie vorgeschlagen.

Im Bereich Energie und Klimaschutz wird im Allgemeinen kritisiert, dass der Strategische Gesamtrahmen und die Vorhabenliste zu unkonkret seien. Vor diesem Hintergrund wird sich dafür ausgesprochen, das Thema Klimaanpassung stärker zu betonen und die Themenbereiche Energie und Klimaschutz als eigenständiges Handlungsfeld zu formulieren.

Bezugnehmend auf die Einzelvorhaben wird die angestrebte regionale Nutzung von regional erzeugtem Strom (Vorhaben 8) sowohl von politischen als auch wirtschaftlichen Akteuren wie der GASAG-Gruppe begrüßt. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Aussagen dazu sowohl im Strategischen Gesamtrahmen als auch in der Vorhabenliste nicht über vage Formulierungen hinauskämen. Zu Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten regional erzeugten Stroms müssten deshalb passende Rahmenbedingungen geschaffen werden. So müsse zum Beispiel „der regulatorische Rahmen dahingehend angepasst werden, dass auch überschüssiger Strom aus Erneuerbaren Energien genutzt werden“ könne.

Auch die Zielsetzung, gemeinsame Potentiale bei der Wasserstoffnutzung zu entwickeln (Vorhaben 9), wird befürwortet. Um die Wasserstoffwirtschaft in der Hauptstadtregion anzuschließen, bedürfe es jedoch passender Rahmenbedingungen wie des Aufbaus einer Wasserstoffinfrastruktur (z.B. Pipelines und Tankstellen). Auch werde dem Gebäude- und Wärmesektor in den bisherigen Überlegungen zu wenig Beachtung geschenkt, der für 2/3 aller Emissionen verantwortlich und mit Wasserstoff relativ leicht zu dekarbonisieren sei.

Ergänzend zur Förderung einer Kreislaufwirtschaft (Vorhaben 11) wird die Realisierung einer interkommunalen Zusammenarbeit auf dem abfallhoheitlichen Gebiet, die Ansiedlung nachhaltiger Industrien sowie die Unterstützung von Unternehmen der Recyclingbranche vorgeschlagen, um die Wiederverwendung von Rohstoffen nachhaltig zu gewährleisten.

Als weitere Ideen und Projekte innerhalb des Handlungsfeldes 3 werden unter anderem eine verstärkte Kooperation im Bereich der Start-up-Unterstützung, die Unterstützung der länderübergreifenden Clusterentwicklung (innoBB 25) und die Förderung des Enterprise Europe Network (EEN) Berlin-Brandenburg eingebracht.

5.1.5 Handlungsfeld 4: Bürgerschaftliches Engagement, Medien und Demokratieförderung

Die Ausführungen im Handlungsfeld 4 zu Bürgerschaftlichem Engagement, Medien und Demokratieförderung werden im Allgemeinen unterstützt. Näher eingegangen wird in den Kommentaren unter anderem auf die Stärkung des demokratischen und bürgerschaftlichen Engagements und die Förderung der politischen Bildung.

Bezugnehmend auf das Vorhaben 6: Demokratisches Engagement stärken wird darauf hingewiesen, dass neben der im Vorhaben genannten Stärkung des Engagements von Kommunalpolitikerinnen und -politikern die aktive Zivilgesellschaft nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Die Würdigung und Förderung des Ehrenamtes solle sowohl in der Vorhabenliste als auch im Grundlagentext explizit benannt werden und eine Unterstützung in diesem Bereich sei sowohl ideell als auch finanziell erforderlich.

Darüber hinaus wird gefordert, die politische Erwachsenenbildung zu stärken und auch Ansätze aufsuchender politischer Bildung zu verwenden, um jene zu erreichen, die stark von Politik entkoppelt sind.

Als weitere Punkte werden in diesem Handlungsfeld unter anderem eine Strategie zur Integration von Migrantinnen und Migranten, die Förderung der digitalen Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger als Baustein für eine lebendige Demokratie und die Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas angesprochen.

5.1.6 Handlungsfeld 5: Natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität

Im Rahmen des 5. Handlungsfeldes wurden insbesondere die Themenbereiche Wasser, die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten in der Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Gemeinsame Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg 2020 kommentiert.

Auch wenn die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg im Kontext der Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und des Klimaschutzes im Allgemeinen von den Akteuren begrüßt wird, wird das Zusammenfassen sehr unterschiedlicher und gleichzeitig jedoch auch sehr komplexer Themenbereiche wie der Stärkung des Gesundheitswesens, der Kriminalitätsbekämpfung, der Wasserver- und -entsorgung und der Sicherung und Entwicklung grüner und

sozialer Infrastruktur in einem Handlungsfeld kritisiert. Es wird sich dafür ausgesprochen, diesen Themen mehr Raum zu geben und sie in eigenständige Handlungsfelder zu unterteilen (z.B. HF Natürliche Lebensgrundlagen und HF Daseinsvorsorge).

Bezugnehmend auf das Vorhaben 7 und den Schutz von Grund- und Oberflächengewässern wird mehrfach darauf hingewiesen, dass nicht nur die Spree, sondern alle bedeutsamen Oberflächengewässer und Grundwasserleiter beider Länder beachtet werden sollten. Eine Fokussierung auf die Spree als Quelle für die Trinkwasserversorgung für die Hauptstadtregion verkenne die größere Problematik eines sich absenkenden Grundwasserspiegels und der Wasserknappheit im Allgemeinen.

Die im Einzelvorhaben 2 ausformulierte Unterstützung von regionalen Wertschöpfungsketten in der Land- und Ernährungswirtschaft wird prinzipiell befürwortet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich die Vermarktung regionaler Produkte nicht nur aufgrund fehlender Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen schwierig gestalten, sondern die Situation der landwirtschaftlichen Produktion an sich komplexer sei. So sei auf der einen Seite die Produktion durch die Klimaveränderung eingeschränkt. Auf der anderen Seite gäbe es signifikante Flächenverluste durch Siedlungsbau, Verkehr und die Nutzung der Flächen zur Energiegewinnung. Vor diesem Hintergrund müssten nachhaltige Konzepte zur Entlastung und zum Schutz des ländlichen Raumes in Brandenburg entwickelt werden.

Auch den Aussagen zur gemeinsamen Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg 2020 (Vorhaben 3) wird in den Kommentaren grundsätzlich zugestimmt. Bei wichtigen weiterführenden Aspekten wie einer ambulant-stationären Planung oder der Betrachtung der medizinischen Grundversorgung müsse jedoch ebenfalls länderübergreifend agiert werden.

Darüber hinaus werden in den Kommentaren unter anderem der Schutz und die Aufforstung der Wälder, die TESLA-Ansiedlung und die fehlende gemeinsame strategische Ausrichtung für eine Metropolregion Berlin-Brandenburg aus touristischer Perspektive angesprochen.

5.1.7 Handlungsfeld 6: Digitale Transformation

Die Beiträge zum Handlungsfeld 6 beziehen sich vor allem auf eine Optimierung der strukturellen Zusammenarbeit zwischen den Ländern zur Bereitstellung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Digitalisierung sowie auf den konkreten Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Dabei werden sowohl vorhabenbezogene Beiträge sowie insbesondere allgemeine Hinweise und weitere Ideen zum Handlungsfeld genannt, die nach inhaltlichen Subkategorien differenziert wurden.

Mit Blick auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur zeigt sich der Bedarf eines flächendeckenden Ausbaus des Breitbandnetzes (insbesondere 4G / Glasfasernetz) zur Sicherung der Daseinsvorsorge – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen räumlichen und verkehrlichen Anforderungen. Hierfür werden eine langfristige, projektorientierte Zusammenarbeit, um Synergien zu nutzen (Smart City / Smart Country), sowie barrierearme / niedrigschwellige Zugänge als wichtige Voraussetzungen erachtet. Eine verstärkte länderübergreifende / interkommunale Zusammenarbeit (insbesondere hinsichtlich des Onlinezugangsgesetzes (OZG)) auf Basis strategischer Abstimmung, gemeinsamer Strukturen und einheitlicher Standards wird gewünscht, insbesondere um Abstimmungsprozesse und verwaltungstechnische Aufgaben zu vereinfachen.

Es wurden außerdem viele Ideen zur Optimierung der Zusammenarbeit geäußert, u.a. durch steuernde Gremien, transparente Plattformen / Datennutzung, länderübergreifende Finanzierungsformen oder gemeinsame Modellprojekte mit Fokus auf die Stadt-Umland-Interaktion.

5.1.8 Handlungsfeld 7: Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung

Eine Vielzahl der Beiträge im Handlungsfeld 7 bezieht sich auf die gezielte Förderung von Kooperationen im Bereich der Wissenschaft und Bildung sowie deren strukturierte Vernetzung. Als wesentliche Bedingungen hierfür werden vereinfachte Rahmenbedingungen, faire Wettbewerbsbedingungen sowie der Abbau bürokratischer Hürden gesehen. Angeregt wird eine zielgerichtete Einbindung bestehender wissenschaftlicher Einrichtungen, darunter vor allem die finanzielle und regionale Erweiterung der Einstein-Stiftung auf die Universitäten Brandenburgs, die Einbindung des Instituts für angewandte Forschung Berlin, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg bei Verfahren zur Nutzung erneuerbarer Energien oder die Weiterentwicklung der Agentur Duales Studium zur länderübergreifenden Dachmarke. Darüber wird die Bedeutung der Vernetzung im internationalen Raum betont.

Im Bereich der Fachkräfteentwicklung / -sicherung sei die Entwicklung einer länderübergreifenden, ganzheitlichen Strategie zur (dualen) Ausbildung (Berufsorientierung, Ausbildungsplätze, Studium) und Nachwuchssicherung wichtig, die durch Evaluations- und Monitoringprozesse kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte. Hervorgehoben wird die Bedeutung gemeinsamer Förderinstrumente. Darüber hinaus wird ein stärkerer Fokus auf die Förderung digitaler Kompetenzen, Erwachsenen- und Weiterbildung – insbesondere über niedrigschwellige Angebote – gefordert.

Als wichtiger Schritt wird zudem die Angleichung des Bildungswesens in den beiden Bundesländern gesehen, um durch einheitliche Standards Unterschiede in der Qualität des Unterrichts zwischen den Schulformen zu überwinden und insbesondere die politische Bildung / Demokratiebildung zu stärken. Diesbezüglich werden auch Kooperationen mit außerschulischen Partnern und die Beteiligung der Institute für Lehrkräftebildung hervorgehoben.

Für den Ausbau und die Bereitstellung sozialer Infrastruktur werden eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung und gemeinsame Instrumente zur Planung als wichtige Grundlagen betrachtet, insbesondere um die erforderlichen Platzkapazitäten leisten und entsprechende Entwicklungsflächen bereitstellen zu können. Dabei wird sich für den Einbezug von Ressortvermögen und Landesflächen sowie die Entwicklung von entsprechenden Förderprogrammen ausgesprochen.

Mit Blick auf die Förderung von Kunst und Kultur wird insgesamt eine stärkere Einbindung von Kultur- und Kunstinitiativen angeregt (insbesondere im Rahmen des Vorhabens Industriekultur) sowie eine Verknüpfung mit den Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Im Speziellen wird die Integration des Oderbruchs als Europäisches Kulturerbe vorgeschlagen. Weitere Punkte sind die Zusammenführung bzw. länderübergreifende Vereinheitlichung von Verfahren zum Erhalt historischer Park- und Gartenanlagen (einheitliche Regelungen) sowie ein Ausbau der Kooperation mit Polen im Bereich Kultur.

5.1.9 Handlungsfeld 8: Weltoffenheit, internationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Polen

Im Fokus der Beiträge zum Handlungsfeld 8 stehen die weitere Stärkung der Oderpartnerschaft sowie die Stärkung der zivilgesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Hervorgehoben wird die besondere Bedeutung der Grenzregion und der damit verbundenen Potenziale sowie Anforderungen im Verflechtungsraum.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit solle im Rahmen der Ausschüsse der Deutsch-Polnischen Regierungskommission vertieft und die Potenziale im Verflechtungsraum für eine

länderübergreifende Raumentwicklung genutzt werden, d.h. eine Zusammenarbeit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und der Regionalen Planungsgemeinschaften in Abstimmung mit den Nachbar-Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie den betreffenden Wojewodschaften. Mit Blick auf die Scandria@Allianz wird die Erarbeitung eines analogen Maßnahmenkomplexes für den Ost-West-Korridor vorgeschlagen. Weitere Ideen sind die Schaffung einer transeuropäischen Entwicklungsachse von Berlin über Frankfurt (Oder) nach Poznań als Teil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes und die Ausweitung des Kulturzugs auf weitere Verbindungen.

Zur Förderung des kulturellen Austauschs wird eine gezielte Unterstützung von Kooperationen und Netzwerken als wichtiger Beitrag gesehen, um vor allem deutsch-polnische Kultur- und Bildungsangebote auszuweiten. Als konkrete Projekte werden u.a. der Ausbau des Kulturforums Berlin-Wrocław durch ein gemeinsames Kulturbüro von Berlin und Brandenburg oder eine „Oder-Biennale“ zur Förderung der Oder-Partnerschaft als „Showcase für nachbarschaftliches und dynamisches Miteinander“ genannt. Vorgeschlagen wird außerdem, die Aktivitäten der drei Euroregionen und die kommunalen Initiativen in Brandenburg stärker einzubeziehen, da diese bereits einen wesentlichen Beitrag zur Weltoffenheit leisteten. Ein Beitrag weist auf das Projekt Kultourbus (<https://kultus-verein.de/kultourbus/>) hin, der im Rahmen des Bilderbuchfestivals grenzübergreifend die deutschen und polnischen Regionen verbindet.

Im Bereich der Außenwirtschaft fehle es noch an strategischen, abgestimmten Leitlinien zwischen den Ländern. Daher werden die Entwicklung einer gemeinsamen Außenwirtschaftsstrategie, die gezielte Kooperation der Außenwirtschaftsakteure sowie der Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen – insbesondere in der EU – als wichtige Schritte gesehen.

Mit Blick auf die internationale Außenwirkung der Region wird auch die Bedeutung eines gemeinsamen Auftritts betont, die durch eine gemeinsame Corporate Identity im Sinne einer gemeinsamen Vermarktung vorangetrieben werden könnte.

5.1.10 Weitere Ideen außerhalb der Handlungsfelder

Im Rahmen des Fachdialogs wurde den Teilnehmenden auch die Möglichkeit gegeben, Ideen und Projekte außerhalb der bereits definierten Handlungsfelder vorzuschlagen. Hiervon haben nur wenige Teilnehmende Gebrauch gemacht. Die Ideen umfassten die folgenden Vorschläge:

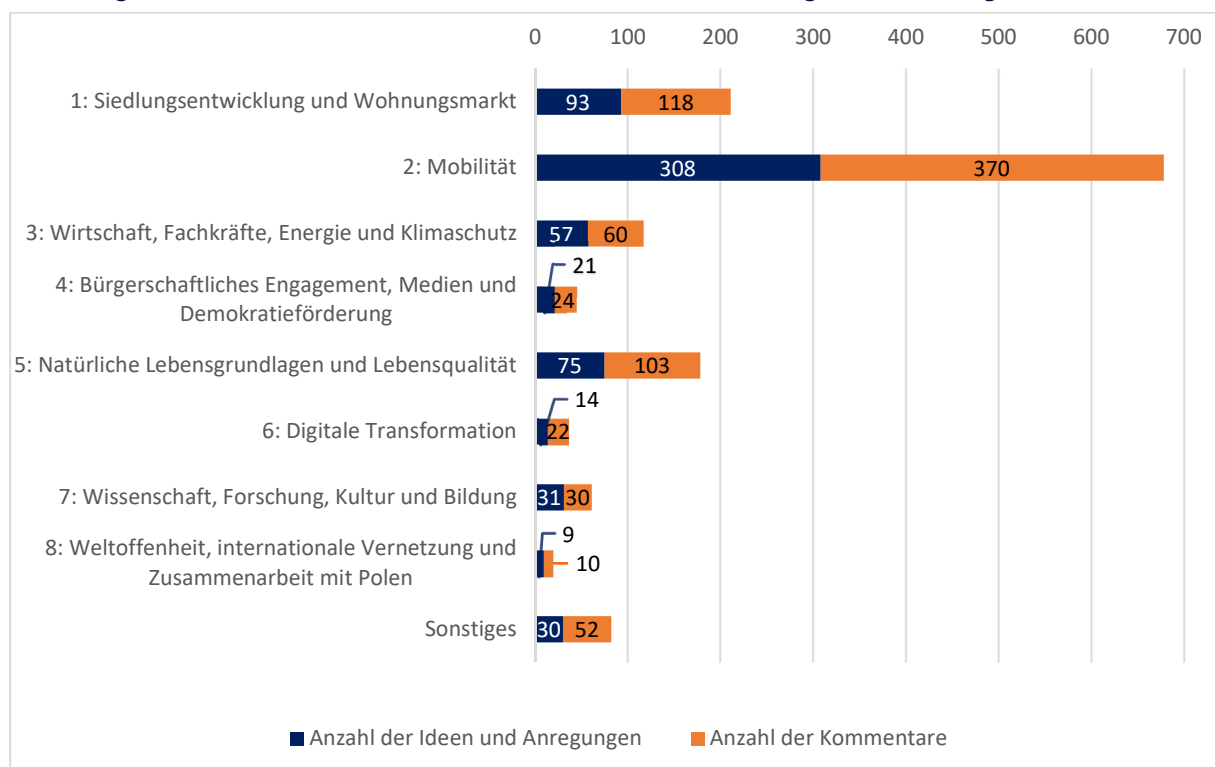
- Neuer Punkt / Handlungsfeld Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Vorhaben Luftreinhalte-Strategie: Aktualisierung der Datenlage zu Umweltgerechtigkeit mit Zielwerten, die den Gesundheitsschutz in den Vordergrund stellen
- Einsetzen eines regionalen Nachhaltigkeitsrats Berlin-Brandenburg
- Indikatoren für eine Nachhaltige Modellregion Berlin-Brandenburg inklusive eines Indikatorenberichts
- Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in die Handlungsfelder des Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion (frühkindliche Bildung, gesundes Aufwachsen, Jugendkultur)
- Gewaltschutz fördern, insbesondere durch Frauenhäuser und entsprechende Beratungsstellen
- Zusammenarbeit im Katastrophenschutz: Abstimmung der gesetzlichen Grundlagen und Ver- und Entsorgungsstrukturen über Ländergrenzen hinweg
- Entwicklungsstrategie „Lausitz 2050“ in den Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion einbeziehen

5.2 Öffentlicher Dialog

Auch der öffentliche Dialog kennzeichnete sich durch eine sehr hohe Beteiligung. Zwischen dem 11. Dezember 2020 und dem 17. Januar 2021 wurden **638 Ideen und Anregungen** verfasst, welche von den Teilnehmenden wiederum insgesamt **789 Mal kommentiert** wurden. Dabei wurde durch die Kommentare häufig Zustimmung zu den geäußerten Ideen ausgedrückt bzw. wurden ergänzende Hinweise gegeben. Die **insgesamt 1.427 Beiträge** wurden von **401 Nutzerinnen und Nutzern** abgegeben. Fünf Teilnehmende veröffentlichten dabei über 40 und bis zu 55 Ideen bzw. Kommentare (Power User), wohingegen mehr als 85% der Nutzerinnen und Nutzer maximal 5 Beiträge erstellten. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden gaben nur eine Idee bzw. einen Kommentar ab. Die 638 Ideen umfassen ca. 76.000 Wörter und die 789 Kommentare ca. 38.000 Wörter.

Mit Abstand die meisten Beiträge wurden im Handlungsfeld 2: Mobilität verfasst. In diesem Themenbereich wurden 308 Ideen abgegeben, die wiederum 370 Mal kommentiert wurden. Im Handlungsfeld 1: Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt wurden 93 Ideen sowie 118 darauf bezugnehmende Kommentare veröffentlicht. An dritter Stelle in Bezug auf die Zahl der erstellten Ideen und Kommentare lag Handlungsfeld 5: Natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität mit 75 Ideen und 103 Kommentaren. Zu den Handlungsfeldern 3, 4, 6 bis 8 und der Kategorie Sonstiges wurden zwischen 9 und 57 Ideen und 10 und 60 Kommentare abgegeben. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Verteilung der Ideen und Kommentare aufgeteilt nach Handlungsfeldern.

Abbildung 2: Anzahl der Ideen und Kommentare im öffentlichen Dialog nach Handlungsfeldern



5.2.1 Handlungsfeld 1: Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt

Die Ideen und Kommentare zum Handlungsfeld 1 beschäftigen sich insbesondere mit der Problematik des Flächenverbrauchs im Kontext des Wohnungsbaus, mit klimawandelgerechter Siedlungsentwicklung und nachhaltigem Bauen sowie dem Bereich der sozialen Wohnungspolitik.

Im Kontext der Siedlungsentwicklung werden vielfach der zunehmende Flächenverbrauch und die Zersiedlung der Landschaft kritisiert. Insbesondere die Versiegelung kostbarer Flächen, der hohe Energie- und Rohstoffverbrauch beim Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern und die Anbindung dieser Siedlungen an den ÖPNV werden kritisch gesehen. Vor diesem Hintergrund wird gefordert, eine verträgliche Nachverdichtung anzustreben. Vorschläge beinhalten in diesem Zusammenhang die Förderung des Dachflächenausbaus, die Möglichkeit, sowohl bei Wohnungs- als auch Bürobauten mehr in die Höhe zu bauen und Baulücken und Brachflächen besser zu nutzen. Gleichzeitig wird allerdings die Verdichtung des urbanen Raumes in vielen Beiträgen auch problematisch gesehen, da ein Fehlen an öffentlichen Räumen zu sozialen Problemen und einer Minderung von Lebensqualität führe. Nachverdichtung müsse daher immer mit einer Raumschaffung einhergehen. Als Beispiele werden hier die Umwandlung von Straßen in Fußgängerzonen oder von Parkplätzen in Grünflächen genannt.

Als weiteres zentrales Thema wird in den Beiträgen eine klimawandelgerechte Siedlungsentwicklung und nachhaltiges Bauen genannt. Mehrfach wird auf die aufgrund bestehender Stadtklimaeffekte besondere Vulnerabilität urbaner Gebiete gegenüber den Folgen des Klimawandels hingewiesen. In diesem Kontext wird eine Vielzahl an Vorschlägen zur Reduktion des und Anpassung an den Klimawandel im Bereich des Wohnungsbaus und der Siedlungsentwicklung gemacht. Beispiele sind hier der Erhalt und Ausbau grüner Infrastruktur wie Grünflächen und Grünzügen und Anpflanzung resistenter Baumarten sowie die Förderung von Begrünungsmaßnahmen an Gebäuden. Darüber hinaus wird eine Förderung von Photovoltaikanlagen auf Dächern sowie die Entwicklung der Wasserstofftechnologie zur Wärmeversorgung in Gebäuden vorgeschlagen.

Vor dem Hintergrund steigender Mietpreise und einer anwachsenden Wohnungsnot wird in den Beiträgen mehrfach ein öffentlicher kommunaler Wohnungsbau gefordert. Wohnraum müsse auch weiterhin für Niedrig- und Normalverdiener bezahlbar sein.

Weitere Themen in den Beiträgen sind unter anderem die Forderung nach einer Gebietsreform der Länder Berlin und Brandenburgs, Anpassungen bestehender Planungen im LEP HR, die Anpassung des Bauplanungsrechts sowie die Förderung neuer oder alternativer Wohnformen.

5.2.2 Handlungsfeld 2: Mobilität

Ein großer Teil der Beiträge in Handlungsfeld 2 befasst sich allgemein mit den länderübergreifenden Verbindungen des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs. Ein weiterer großer Themenblock betrifft Anmerkungen und konkrete Vorschläge für den Ausbau der verschiedenen Verkehrsträger des öffentlichen Nahverkehrs. Wichtige Themen sind darüber hinaus die Förderung des Radverkehrs, die intermodale Nutzung von Verkehrsmitteln und die Kosten der Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs.

Bei der S-Bahn wird allgemein ein Ausbau befürwortet. Dies beinhaltet insbesondere die Verlängerung und den zweigleisigen Ausbau bestehender Strecken. Als wichtig wird außerdem ein Zehn-Minuten-Takt auch auf den Streckenabschnitten im Land Brandenburg angesehen. Als größeres Infrastrukturprojekt wird der Bau eines Außenrings vorgeschlagen, z.B. durch Verbindung der jeweiligen Endbahnhöfe.

Für den Ausbau der U-Bahn in Berlin wird einerseits vorgeschlagen, bestehende Tunnel, die als Vorleistungen gebaut wurden, zu nutzen. Andererseits solle das Streckennetz dezentral geplant und nicht auf wenige Knotenpunkte zugeschnitten sein. In den Beiträgen werden einige konkrete Ausbaupläne vorgeschlagen, beispielsweise verschiedene Möglichkeiten zum Lückenschluss im S- und U-Bahnnetz. Dazu gehören die Verlängerung der U1 bis Adenauerplatz, der U3 bis Mexikoplatz, der U4 bis zum Hauptbahnhof, der U8 bis Britz-Süd und der U9 bis Pankow. Darüber hinaus solle der Flughafen BER durch die U7 besser angebunden werden.

Zur Erweiterung des Straßenbahnnetzes in Berlin werden sowohl Verlängerungen bestehender als auch der Aufbau von Strecken insbesondere in westlichen Bezirken vorgeschlagen. Auch der Weiterbau bis nach Brandenburg wird als Möglichkeit genannt. Das Verkehrsmittel ist jedoch durchaus umstritten. Es gibt sowohl Anregungen, die Straßenbahn stark auszubauen, bis hin zu der Idee, in der Innenstadt alle Buslinien durch Straßenbahnen zu ersetzen. Auf der anderen Seite wird der Nutzen der Straßenbahn für die Verkehrswende bestritten, da sie zu teuer und unflexibel sei. Als konstruktiver Mittelweg wird vorgeschlagen, neue Straßenbahnlinien dort zu bauen, wo die Gleise vom restlichen Straßenverkehr getrennt werden könnten.

Hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs in Brandenburg wird kritisiert, dass er sich stark auf den Schülerverkehr konzentriere und die angebotenen Takte nicht dicht genug seien. Bahnhöfe sollten besser mit Bussen angebunden und mehr Park-and-Ride-Angebote geschaffen werden. Darüber hinaus sei der Regionalverkehr sehr stark auf Berlin und Potsdam ausgerichtet und vernachlässige die weiter entfernt liegenden Gegenden. Daher wird etwa gefordert, den öffentlichen Verkehr zwischen den Brandenburger Gemeinden zu stärken. Ähnlich dem vorgeschlagenen S-Bahn-Außenring wird auch ein Regionalverkehrsring angeregt. Des Weiteren sollten die Bahnstrecken zweigleisig ausgebaut und für Geschwindigkeiten bis 160km/h umgerüstet werden. Speziell im Hinblick auf die länderübergreifenden Verbindungen wird eine bessere Abstimmung der Fahrpläne gefordert, um die Fahrtzeiten für Pendlerinnen und Pendler zu verkürzen. Ebenso sollten Verbindungen in den Randzeiten nicht an der Berliner Stadtgrenze enden.

Auch beim Themenbereich Radwege und der damit zusammenhängenden Infrastruktur werden sowohl konkrete Vorschläge zur Streckenführung als auch allgemeine Aspekte genannt. So wird etwa herausgestellt, dass sich die Streckenführung von Radwegen nicht zwangsläufig an den Hauptverkehrsachsen des motorisierten Verkehrs orientieren müsse. Darüber hinaus wird der Bedarf zur Erneuerung und Instandsetzung bestehender Wege aufgezeigt, deren Befahrbarkeit z.B. durch Unebenheiten, hervorgerufen durch Wurzeln von Straßenbäumen, beeinträchtigt sei. Schmale Radwege auf Gehwegen könnten auch durch breitere geschützte Radwege ersetzt werden. Der Aspekt der Abtrennung der Radwege vom restlichen Verkehr wird mehrmals genannt. Um den Anteil des Radverkehrs zu steigern, werden mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur vorgebracht, z.B. sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder etwa an Bahnhöfen und die regelmäßige Entfernung von verwaisten Rädern. Länderspezifische Kritik wird in Berlin an den Bezirken geäußert, die für einen zu langsamen Ausbau der Radwege verantwortlich seien. In Brandenburg wird das Fehlen von Radwegen zwischen den Gemeinden sowie von touristischen Radwegen kritisiert.

Eine Reihe von Beiträgen kritisieren die Höhe der Tarife im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg bzw. die Tarifgestaltung. So wird etwa vorgeschlagen, den Tarifbereich B auf Teile Brandenburgs auszuweiten, auch um Pendlerinnen und Pendler den Anreiz zu nehmen, mit dem

Auto bis zum ersten Bahnhof in Berlin zu fahren und dort umzusteigen. Zur Höhe der Tarife werden verschiedene Vorschläge eingebracht, die von einem 365€-Jahresticket bis hin zu ermäßigten Tarifen für Autofahrerinnen und Autofahrer reichen.

5.2.3 Handlungsfeld 3: Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz

Das Themengebiet mit den meisten Beiträgen im Handlungsfeld 3 ist die Umsetzung der Energiewende. Weitere wichtige Themen sind der Klima- und Naturschutz sowie Aspekte der Flächennutzung. Außerdem werden u.a. die Abfallentsorgung, der Einzelhandel, die Daseinsvorsorge und die Fachkräftesicherung in der Region thematisiert.

Dem Ziel der Energiewende wird in den Beiträgen weit überwiegend zugestimmt. Vorschläge für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien sind etwa die Förderung oder gar Pflicht der Nutzung von Dachflächen für Photovoltaik und der Bau von Windkraftanlagen vorzugsweise entlang bestehender Autobahnstrecken. Die Beiträge haben gemeinsam, dass möglichst bereits versiegelte Flächen genutzt werden sollten. Außerdem könne die Prozesswärme von Industriebetrieben zur Nahwärmeversorgung von Wohngebieten genutzt werden. Generell wird eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Länder angemahnt, ggf. auch in Form einer formalen Vereinbarung oder „Energiepartnerschaft“.

Bezüglich der Klimapolitik wird das Ziel der Klimaneutralität befürwortet. Einige Beiträge fordern, dies bereits bis Mitte der 2030er Jahre anzustreben. Auch in der Klimapolitik sollten Berlin und Brandenburg stärker zusammenarbeiten und die jeweiligen Stärken von urbanen und ländlichen Räumen nutzen.

Es werden darüber hinaus weitere Nachhaltigkeitsaspekte angesprochen. So wird eine effizientere Nutzung von Flächen und insbesondere der Erhalt von Grünflächen innerhalb der Gemeinden und als Erholungsgebiete gefordert. Um Ressourcen zu schonen, sollten wo möglich Mehrwegoptionen gefördert werden ebenso wie Recycling und der Aufbau einer regionalen Kreislaufwirtschaft. Im Bereich der Daseinsvorsorge werden Maßnahmen gegen den Ärztemangel in Berlin gefordert. In Brandenburg wird die Umwandlung von freiwilligen Feuerwehren in Berufsfeuerwehren angeregt.

Zur Sicherung des Fachkräftepotenzials in der Region wird gefordert, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten, etwa durch eine höhere Vergütung und weitere Vergünstigungen, und sie stärker als Alternative zu einem Hochschulstudium zu positionieren. Des Weiteren wird ein Reservoir an potenziellen Fachkräften in den Gruppen der Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gesehen, sofern sie beispielsweise sehr gute handwerkliche Fähigkeiten hätten und ihnen ausschließlich der formale Abschluss fehle.

5.2.4 Handlungsfeld 4: Bürgerschaftliches Engagement, Medien und Demokratieförderung

Die Anregungen im Handlungsfeld 4 beschäftigen sich vor allem mit dem Thema Beteiligung. Einige Teilnehmende nehmen Bezug auf die Online-Beteiligung zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion und bemängeln die zu geringe öffentliche Bekanntmachung des Online-Dialogs. Gleichzeitig wird von mehreren Teilnehmenden eine stärkere, den Qualitätskriterien von Beteiligung entsprechende und auch verbindlichere Beteiligung der Bevölkerung gefordert. In diesem Zusammenhang wird die Einführung zum Beispiel von Bürgerräten vorgeschlagen, insbesondere zum Thema Klimaschutz, aber auch zu anderen Themen, sowie die Ausweitung der Plattform meinBerlin bzw. die Ausweitung der berlin.de-Seite zu einer digitalen

Beteiligungsplattform. Ebenso wird die Beteiligung speziell für die Zielgruppe Jugendliche gefordert und hier auf die Ergebnisse des Jugendforums Nachhaltigkeit Brandenburg verwiesen. Es wird aber auch von Teilnehmenden darauf hingewiesen, dass es in Deutschland durch die föderale Struktur im Gegensatz zu anderen Ländern bereits sehr viele Möglichkeiten der politischen Beteiligung auf der lokalen Ebene gäbe.

Als zweiter Punkt wird die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg diskutiert (Beitritt von Berlin zum Land Brandenburg), um eine effizientere Verwaltung der Bundesländer zu schaffen.

5.2.5 Handlungsfeld 5: Natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität

Die Beiträge im Handlungsfeld 5 beziehen sich insbesondere auf den Erhalt und Ausbau grüner Infrastruktur, eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung, die Müllentsorgung sowie den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels fordern eine Vielzahl an Beiträgen den Erhalt und Ausbau klimarelevanter Grünflächen, die Erweiterung der Volksparks, die Errichtung begrünter und blühender Mauern für durch Siedlungsgebiete laufende Bahnstrecken sowie die Begrünung von Parkflächen und Dächern. Im Kontext der Stadtentwicklung werden als Vorschläge die abgestimmte Konzeption und der Erhalt von Kaltluft-Entstehungsgebieten und Kaltluftschneisen sowie die Einführung einer autofreien Innenstadt eingebracht. Im Hinblick auf eine zunehmende Trockenheit in der Region wird zudem ein nachhaltiges Konzept für den Wasserhaushalt und die Verrieselung des geklärten Abwassers gefordert.

Darüber hinaus wird in einer Reihe von Beiträgen das wachsende Problem der illegalen Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum thematisiert. In diesem Zusammenhang werden ein härteres Vorgehen der Polizei sowie vereinfachte ordnungsgemäße Entsorgungsmöglichkeiten gefordert.

Ebenso wird sich für die Installation von mehr Sitzgelegenheiten und kostenlosen Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum sowie den Erhalt der alten Wasserpumpen ausgesprochen.

Weitere Themen der Beiträge in diesem Handlungsfeld sind unter anderem die Förderung regionaler landwirtschaftlicher Produkte sowie die Zusammenarbeit in der Polizeiarbeit und der Gesundheitsversorgung.

5.2.6 Handlungsfeld 6: Digitale Transformation

Die Anregungen im Handlungsfeld 6 beziehen sich vor allem auf die Digitalisierung von Verwaltung, Behörden und Gerichten und den Ausbau der digitalen Infrastruktur (Mobilfunknetz und WLAN). Hinsichtlich des ersten Punkts wird vor allem die stärkere Digitalisierung von Dienstleistungen von Bürgerbüros und Behörden angeregt, um Behördengänge auch von zu Hause aus erledigen zu können, effizienter zu machen und so den Bearbeitungsstau aufzulösen, die Digitalisierung von Bauplanungsprozessen mittels ‚Building Information Modeling‘ sowie die Beschleunigung der Einführung der elektronischen Gerichtsakte. Die letzte Anregung wurde von mehreren Teilnehmenden unterstützt.

Weitere Anregungen nehmen Bezug auf Transparenzsteigerungen beim Stromverbrauch durch die direkte Anzeige der Kosten des täglichen individuellen Stromverbrauchs und die Einrichtung einer dauerhaften Online-Plattform für Anregungen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern inklusive des kurzfristigen Umsetzens und Testens der meistgenannten Anregungen (Fast Prototype Innovation Lab).

5.2.7 Handlungsfeld 7: Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung

Die Anregungen im Handlungsfeld 7 beschäftigen sich vor allem mit den Themen der Angleichung des Bildungswesens in den beiden Bundesländern, der Entwicklung und Sicherung von Fachkräften und der Förderung von Kunst und Kultur.

Hinsichtlich der Angleichung des Bildungswesens wird vor allem eine Angleichung der Lehrpläne, Prüfungen und Strukturen (z.B. Anzahl der Leistungsfächer) angeregt, um einen Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu vereinfachen. Auch beim Zugang zu Schulen im jeweils anderen Bundesland sollten Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg gleichbehandelt und der Zugang erleichtert werden, auch um unnötig lange Schulwege zu vermeiden. Gleiches gelte für Berufsschulen. Zu diesem Zweck sollten gemeinsame Bildungskonzepte entwickelt und Kooperationen zwischen den Schulen der beiden Länder gefördert sowie Berufsabschlüsse aus dem jeweiligen anderen Bundesland anerkannt werden.

Im Themenfeld Fachkräfteentwicklung wird von den Bürgerinnen und Bürgern zum einen auf zu niedrige und uneinheitliche Löhne in Ausbildungsberufen hingewiesen, die diese Berufe unattraktiv machten, sowie eine stärkere Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beim Austausch von Fachkräften angeregt. Hier wird aber auch darauf hingewiesen, dass es solche Kooperationen in Berlin (z.B. Adlershof) schon vielfach gäbe.

Im Bereich Kunst und Kultur wird eine stärkere Vernetzung und Förderung der Kooperation zwischen kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg angeregt, die gemeinsam einen einzigartigen Schatz an kulturellen Angeboten böten. Auch kleinere Einrichtungen sollten hier Beachtung finden. Vorgeschlagen wurden Projekte wie ein „Monat der Skulptur“, in dem Skulpturen aus beiden Ländern aufgestellt und prämiert würden, Projekte für Murals (Wandbemalungen, z.B. thematisch „Emil und die Detektive“, Beispiel Brüssel) und ein überregionales Kulturkonzept, das auch den Tourismus einbezieht.

5.2.8 Handlungsfeld 8: Weltoffenheit, internationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Polen

Die Anregungen im Handlungsfeld 8 thematisieren die Stärkung der zivilgesellschaftlichen deutsch-polnischen Zusammenarbeit und den Ausbau der grenzüberschreitenden Entwicklungsachsen nach Polen. So wird der Aufbau eines deutsch-polnischen Kulturbüros sowie die Förderung der Ostbahn nach Polen und die Wiedererrichtung alter Brücken und Fährverbindungen über Oder und Neiße gefordert.

In weiteren Beiträgen wird sich für die Förderung internationaler Städtepartnerschaften, den Aufbau eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes und mehr Mehrsprachigkeit bei Touristeninformationen, Fahrscheinautomaten und bei der Webseite der Stadt Berlin (www.berlin.de) ausgesprochen.

5.2.9 Weitere Ideen außerhalb der Handlungsfelder

Ebenso wie im Fachdialog wurde den Teilnehmenden im öffentlichen Dialog die Möglichkeit gegeben, Ideen und Anregungen außerhalb der Handlungsfelder einzureichen. Eine Vielzahl an sehr unterschiedlichen Aspekten wurde in diesem Zusammenhang genannt.

Große Resonanz erfuhr die Forderung, die in Berlin und Brandenburg unterschiedlich ausgestaltete Hundehalteverordnung zu vereinheitlichen. So unterscheidet sich zum Beispiel die Anzahl der Hunde, die in den jeweiligen Bundesländern ausgeführt werden dürfen. Ebenso lebhaft kommentiert wurde die Forderung nach mehr Auslaufflächen für Hunde, um eine artgerechte Haltung der Tiere in der Stadt zu ermöglichen.

Eine weitere Reihe an Beiträgen bezieht sich auf die Frage, ob es eine Gebietsreform der Länder Berlin und Brandenburg geben sollte.

Weitere Themen, die zur Sprache kommen, sind die Bekämpfung des demographischen Wandels, Maßnahmen in der Drogen- und Obdachlosenpolitik, die Vereinheitlichung von Feiertagen in Berlin und Brandenburg, die Durchführung zukünftiger Olympischer Spiele oder die Pflicht eines Befähigungsnachweises zur Haltung von Haustieren.

6 Anhang

6.1 Akteure aus dem Fachdialog (nicht vollständig)

| Institution |
|--|
| ADAC Berlin-Brandenburg e.V. |
| Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin |
| IHKs Berlin und Brandenburg |
| Arbeitsgemeinschaft Für Ein Schönes Buckow |
| Arbeitsgemeinschaft Nahverkehr |
| Architekten- und Ingenieurverein BE-BB |
| IHKs Berlin und Brandenburg |
| Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH |
| Berliner Beauftragte für den Datenschutz |
| Bundesverband unabhängiger deutscher Sicherheitsberater und -Ingenieure e.V. |
| Sustainable Hydrogen GmbH |
| DGB Berlin-Brandenburg |
| Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg |
| AOK Nordost |
| Dachverband der Regionalparks |
| Villa Fohrde e. V |
| Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e. V. |
| FCZB e.V. |
| BJW-Ingenieure GmbH |
| Baustadtrat BA-Berlin-Mitte |
| ADFC Berlin |
| Frauenzentrum Potsdam e.V. |
| GASAG-Gruppe |
| Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Institut für Verkehrsforschung |
| Geschäftsstelle Städtekrantz |
| Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. |
| IG Bergbau, Chemie, Energie Berlin-Brandenburg |
| Industrie- und Handelskammern in Berlin-Brandenburg |
| Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg 2020 |
| Landrat Uckermark |
| Landesgruppen Berlin Brandenburg des BDEW und des VKU |
| Landeshauptstadt Potsdam |
| Landkreis Barnim-Strukturentwicklung |
| Landkreis Oberhavel - Dezernat 1 |
| Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Wirtschaftsförderung |
| Landkreis Prignitz |
| Landkreis Teltow-Fläming |
| Landkreistag BB |
| Landkreistag BB |
| Landkreis Dahme-Spree |
| Landkreis Barnim über Landkreistag BB |
| Landkreis Havelland |

| |
|--|
| Landkreis Märkisch-Oderland/Oder-Spree über Landkreistag BB |
| Landkreis Oberhavel über Landkreistag BB |
| Landkreis Oberspreewald-Lausitz über Landkreistag BB |
| Landkreis Oderspreewald -Lausitz |
| Landkreis Prignitz über Landkreistag BB |
| Landkreis Spree-Neiße über Landkreistag BB |
| Landkreis Teltow-Fläming über Landkreistag BB |
| Vorstand ITDZ Berlin |
| Bürgermeister in Wiesenburg/Mark |
| Vernetzungsstelle Schulverpflegung Brandenburg |
| complan Kommunalberatung / Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg e.V. |
| Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL) e.V. |
| Müller Wasser bewegt Berlin |
| BFBahnen Berlin - Brandenburg |
| PRO BAHN Berlin-Brandenburg |
| Brandenburg 21 e.V. |
| Potsdam Science Park |
| Universität der Künste Berlin |
| Europa-Universität Viadrina Frankfurt |
| Regionaldirektion Berlin-Brandenburg |
| Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree |
| Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim |
| ADFC LV-Brandenburg, Regionalgruppe Königs Wusterhausen |
| RPG Lausitz-Spreewald |
| RPG Oderland-Spree |
| Stadt Teltow |
| Städte- und Gemeindebund |
| Städteforum Brandenburg |
| Stiftung Zukunft Berlin |
| Berliner Landeszentrale für politische Bildung |
| SRL - Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. |
| Changing Cities |
| VCD Brandenburg |
| Wirtschaftsförderung Landkreis Potsdam Mittelmark |
| Wirtschaftsförderung Brandenburg |